

Correspondent

Erscheint

Zienstag, Donnerstag,
Sonntags.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. August 1904.

№ 92

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

„Wie denken Sie über Rußland?“ „Wie denken Sie über die Maifeier?“ — Zwei Fragen grundverschiedener Art, aber doch von grundsätzlicher und grundlegender Bedeutung. Gustav von Moser, der im vergangenen Jahre heimgegangene Dichter so vieler amüsanten Lustspiele, hat die erstere Frage in einem seiner Werke schon vor vielen Jahren einmal von der heitern Seite behandelt, was aber im letzten Monate, im sonnenglühenden Juli, uns diese Frage mehr denn je aufdrängte, waren Ursachen schlimmer und schlimmerer Bewandnis, deren jeder von Knuten- und Lakatengeist nicht zerlegte deutsche Mann nur in helllobender Entrüstung gedenken kann. Wenn hier nun jeder wirklich freiheitsbegehrte und kulturfortschrittlich gesinnte Mensch nur einer Meinung mit dem gleichgesinnten Gros sein kann, so ist dies bezüglich der Frage der Maifeier, welche während des Juli und zu Anfang August ja nicht minder an der Tagesordnung war, merkwürdigerweise nicht der Fall. Merkwürdigerweise und doch eigentlich ganz selbstverständlicherweise.

Verfolgt man die Versammlungen, welche sich mit dem Amsterdamer Kongresse befaßten, so kann man sehen, wie die Männer der starken Worte vollständig Oberwasser haben über die mit sachlichen und begründeten Bedenken gegen die jetzige Form der Maifeier Opponierenden, deren proletarisches Denken und deren auf die Arbeiterbeziehung gerichtete Dichten und Trachten gewiß die Stichprobe ebenso gut ausfällt wie das der Vertreter der radikaleren Tonart. Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei am 2. August in Berlin ist dafür ein sprechendes Beispiel. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns; wer nicht der Arbeitsruhe am 1. Mai das Wort redet, kann sich getrost begraben lassen. Und warum streitet man? Mollenbühr führte aus, daß die Beschlüsse der deutschen Parteitage, welche die Arbeitsruhe nur soweit fordern, als keine erhebliche wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter dadurch verursacht wird, in Widerspruch stehen mit dem Züricher Beschlusse, der die Arbeitsruhe unbedingt fordert. Nach seiner Meinung wird auch in Amsterdam hinsichtlich der Maifeier weder nach der einen noch der andern Seite hin eine Veränderung eintreten. Es wurde dann auch in Berlin referiert: „Die Arbeitsruhe wird als die würdige Form der Demonstration betrachtet und soll überall dort stattfinden, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist.“

Wie es in Berlin schallt, so echo't es im ganzen Deutschland, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen. Die nach Vereinheitlichung Drängenden — eine Befestigung der Maidemonstration will wohl niemand — werden als Totengräber der Maifeier verschrien und voller Begeisterung wird von neuem beschlossen, was bis jetzt war — eine Halbheit, die niemals zur einheitlichen, impopulanten und imponierenden Demonstration führen wird. In der Arbeiterzeitungspressen daselbe Bild, nur noch etwas widerspruchsvoller. Georg Schmidt und Ludwig Metzger haben schon das Schaffot befestigen müssen wegen „Verschandelung“ der Maifeier. Robert Schmidt, der Zentralarbeitssekretär und Reichstagsabgeordnete, welcher so couragiert auf der Generalversammlung der Lithographen und Steindruckere gegen die jetzige Form der Maifeier auftrat, und Otto Hue, der auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes absolut keine Forderung über die Vortrefflichkeit der jetzigen Maifeier annehmen wollte, wandeln noch ungestraft unter Palmen. Und die Mainzer Gewerkschaften, welche sich für eine Veränderung der Maifeier durch Verlegung auf den ersten Sonntag oder durch Veranstellung von Abendversammlungen aussprachen und mit dieser Anweisung in Oppenheim bei der Kreisversammlung der politischen Organisation vollen Anklang fanden, haben nur einen ganz gelinden Rippenstoß erhalten. Im weiten Reich will man aber sonst um keinen Preis den Pariser Beschluß von 1889 modifizieren.

Wenn man weiß, wie dieses Votum von den dafür stimmenden Rändern befolgt wurde, wenn man liest, was der zweite Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ Albert Rudolph in Nr. 44 der „Neuen Zeit“ über die späteren Brüsseler, Züricher, Londoner und nochmals Pariser Beschlüsse in dieser Frage ausführt — vermeintlich für die jetzige Form, der Wirkung nach aber eher dagegen — so muß man sich verwundert fragen, warum denn die

deutschen Arbeiter sich mit aller Gewalt auf etwas Kaprizieren, was niemals, in dieser Weise wenigstens, etwas Vollenbeteres, wirklich Imponierendes werden kann. Etwas des Prinzips oder des Eindruckes nach außen wegen? Nun in diesem Punkte braucht man nicht übertrieben empfindlich und ängstlich zu sein. Eduard Bernstein setzt ja in seinen Betrachtungen im Augusthefte der „Sozialistischen Monatshefte“ über den Amsterdamer Kongreß — sonderbarerweise aber die Maifeierfrage übergehend — uns rund und nett auseinander, welchen eingebildeten und welchen wirklichen Wert bisweilen solche internationale Beschlüsse haben. So sei der Brüsseler gegen die Stück- und Akkordarbeit ein toter Buchstabe geblieben, die Resolution des Pariser Kongresses von 1900 über die Regierungsfrage (Misserhandlungen) sei von Augenblicksströmungen beeinflusst gewesen (das Bernsteinsche Urteil über die schließliche Resolution Kautskys zu diesem Punkte lassen wir lieber weg, weil wir im Geiste schon die hochgehobenen Steine sehen!) und habe alles andre, nur keine Klärung geschaffen. Bernstein sagt deshalb: „Jeder Kongreß muß danach streben, in seinen Beschlüssen auf der vollen Höhe der zurzeit möglichen Erkenntnis zu stehen“; es sei noch kein Vorwurf, geirrt zu haben, so lange der Irrtum durch die ungenügend vorliegende Erkenntnis bedingt war. In der Frage der Maifeier ist aber die Erkenntnis bei jedem objektiv Denkenden zweifellos ohne so weit gediehen, daß von einer ungenügenden Erkenntnis nicht gesprochen werden kann. Diese Erkenntnis besagt nun, daß in der bisherigen Weise nie etwas Rechtes aus der Maifeier werden kann, daß sie als Halbheit fortbestehen wird trotz der programmäßig jedes Jahr wiederkehrenden Berichte über die mit derselben gemachten großartigen Fortschritte. Der alte Liebtrecht bezichnete auf dem Kölner Parteitage die Aufforderung zur allgemeinen Arbeitsruhe als „tönende Phrase“; eine solche Aufforderung ist denn auch nie gesagt worden und wird es auch nie werden. Warum denn aber in dem alten Geleise weiter gefahren? Die Anlust und Gleichgültigkeit gegen die bislang gewohnte Maifeier ist größer als man glaubt! Die Gewerkschaftler gehen nur nicht heraus mit der Sprache, im Innern kämpft der Parteigenosse mit dem ersten, wobei dieser meistens unterliegt. Die Vorstände, welche in ihrer Mehrzahl wohl gegen die augenblickliche Form der Maifeier sind, setzen in diesem Falle eben keine verlässliche Menge hinter sich. Würden sie ihrer sicher sein, würden sie den auf dem Lübecker Parteitage vertretenen logischen Standpunkt, daß man den Gewerkschaften keine Vorschriften machen könne, wo sie allein zu entscheiden haben, ohne Bögen zur Geltung bringen, dann wäre einem unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht und zwar nicht zum Nachteil der deutschen Arbeiterchaft. So gering auch die Hoffnungen auf den Amsterdamer Kongreß in der Frage der Maifeier sein mögen, wollen die dorthin entsandten Gewerkschaftsvertreter ihren Mitgliebern nicht ein leeres Schaffot bieten, wollen sie der Maifeier einen höhern Aufschwung und ihr neuen Oben geben, so haben sie pflichtgemäß einzutreten für eine Reform der Maifeier des Proletariates!

Nachträglich lesen wir im „Vorwärts“ über eine Versammlung der Berliner lokalistischen Gewerkschaften vom 3. August, welche ebenfalls zu den auf dem Amsterdamer Kongresse zu verhandelnden Fragen des Generalstreiks und der Maifeier Stellung nehmen zu müssen glauben. Der von uns an dieser Stelle schon mehrmals absonterfeste Generalstreikschwärmer Dr. Friedeberg war Referent in dieser auch von anarchistischen Elementen stark durchsetzten Versammlung, er hat anscheinend die Weide der freien Gewerkschaften abgegrast und ist bei den Lokalisten usw. herunter gelaufen. Dieser Weg wird Fr. nicht beschwerlich gewesen sein, denn seine Ausführungen atmen jetzt einen stark anarchistischen Geist. Alles, was Fr. an Vorzügen seines Stenoknipses in Empfehlung bringt, widerspricht mehr denn je den Grundsätzen der gewerkschaftlichen Schule und der politischen Entwicklung, daß man eigentlich diesen neuen Messias nicht ernst nehmen sollte. Aber das Schlagwort vom Generalstreik üb't immer noch auf einen Teil der Arbeiterchaft eine verunsichernde Wirkung aus, wie das Beispiel der Berliner Versammlung es wieder zeigt. Wenn Fr. die Gewerkschaftsbewegung für seine kranken Ideen requiriert, wenn er behauptet, die Generalstreiksidee könne den Gewerkschaften erst einen festen Rückhalt und einen

weiten Horizont geben und die Ueberzeugung ausdrückt, daß durch den Generalstreik die Aufhebung der Klassenherrschaft erfolgen werde, so mag er für diese seine Abgründelerei bei seinem neugewonnenen Anhang die nötigen Truppen ausheben, die freien Gewerkschaften werden ihre aufbauende Tätigkeit fortsetzen und ihm die Gefolgschaft verjagen. Fr. glaubt in seiner durch nicht die geringste praktische Erfahrung getriebenen Naivität, daß man durch langjährige Agitation leichtglücklich vier Millionen Menschen zur Arbeitsniederlegung bewegen könne. Er spottet über die Befürchtung der Generalstreikgegner bezüglich des Militärs; wenn die Gewerkschaften wie in Frankreich antimilitaristische Propaganda treiben, sind für ihn alle Bedenken gegenstandslos. Nun hat aber gerade die in Frankreich gelebte Agitation für den Generalstreik gezeigt, wohin die Fahrt geht: für die Gewerkschaften zu absoluter Machtlosigkeit, für die französische Sozialdemokratie zu einer großen Zersplitterung, für welche allerdings noch andere gewichtige Umstände mitwirkten. Wenn in Deutschland gerade jetzt dem Gedanken des Generalstreiks wieder mehr Beachtung gesollt wird, so kommt dafür als hauptsächlichstes Moment die immer wieder auftauchende Befürchtung in Betracht, daß die Feinde des allgemeinen, geheimen und direkten Reichstagswahlrechtes ihre Tätigkeit im Stillen emsig fortsetzen — augenblicklich liegen ja schon greifbarere Anzeichen dafür vor — und daß das Proletariat sich dieses Handreichs am besten durch den Generalstreik erwehren kann. Wir wollen auf diese Möglichkeit nicht weiter eingehen, da wir einer andern Meinung zuneigen, nämlich der, daß der Raub des Reichstagswahlrechtes in Deutschland entweder zu Konsequenzen führen würde, die über einen sich in Ruhe abspielenden Generalstreik weit hinausgehen würden, oder aber, daß eine einigermaßen allgemeine Verweigerung der Arbeitskraft nicht eintritt infolge Zersplitterung der Arbeiterchaft oder Erkenntnis der Unfruchtbarkeit dieses gefährlichen Schrittes. Das Beispiel der anderen Länder würde sich ohne weiteres auf Deutschland übertragen und wenn noch so oft gesagt und versichert wird, daß es so nicht gemacht werden würde. Dieses eine Motiv für den Generalstreik behandelt aber Friedeberg mit geradezu empörender Geringschätzung, erklärte er doch: „wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nachweinen!“ Den Parlamentarismus wirft er in die Wolfshöhle und die Vertreter der deutschen Arbeiter in den Parlamenten schmäht er, daß sie philisterhafter und spießbürgerlicher als die Angehörigen des Bürgertumes geworden seien; der Parlamentarismus verändere eben die Heranbildung freier Persönlichkeiten. Wir fürchten, daß wie dieser Herr Doktor sich auch die übrigen Befürworter des Generalstreiks auf dem Amsterdamer Kongresse ins Zeug legen werden, so daß es des starken Gegengewichtes der Gemäßigteren bedürfen wird, um Beschlüsse zu verhindern, die — um mit Bernsteinschen Worten zu reden — tote Buchstaben bleiben werden, bleiben müßten. Wenn auch der „Vorwärts“ nun endlich Herrn Dr. Friedeberg zu verlesen gibt, wie sein krauses Zeug zu bewerten ist, so genügt diese gelegentliche Absfuhr bei solchen Leuten noch nicht; es muß ihnen in aller Form und von vornherein jegliche Gefolgschaft illusorisch gemacht werden. Die Gewerkschaften werden und müssen jede Identifizierung mit den Friedebergischen Wirrsalern ablehnen, wie sie sich auch für das kaiserliche Maifeierzept bekanten, welches der Maifeier nur den Todesstoß versetzen würde. Möchte das auf dem am 14. August beginnenden Kongresse in Amsterdam von den Delegierten der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht werden zum Besten der Vorwärtsentwicklung unsrer wirtschaftlichen Organisationen!

Die Buchdrucker hatten im Juli nichts von Belang in unsre Chronik einzutragen. In der letzten Woche begann ein Sterben unter den prinzipalsseitigen Widersachern unsrer Organisation, wie es im vorigen Jahre mit Härtel bei den besten in unseren Reihen einsetzte. Da aber Leute wie Emil Thiene und Hermann Blante bei den Unternehmern im Buchdruckgewerbe Ausnahmeseinungen sind, so können unsere Trauerlagen nicht auf Fortsetzung rechnen. Zu verzeichnen wäre das Zustandekommen eines Tarifes für die Leipziger Stereotypen- und Galvanoplastiker, ein sogenannter Sachsentag der Maschinenmeister und Maschinenleger in Chemnitz und in tariflicher Beziehung die Uebertragung der Be-

schwerden in Verhältnissangelegenheiten an die Schiedsgerichte. Damit sind die Befugnisse dieser Institutionen abermals erweitert worden; hoffen wir, daß sie dieser neuen Aufgabe allerorten gerecht werden. Der Gutenberg-Bund, unser „machtvoller Rivale“, hielt unter Ausschluß der Öffentlichkeit seine siebente Generalversammlung in Berlin ab. Es war eine große Aktion geplant, von der die Welt sprechen sollte. Was aber geworden ist, erfährt ein Lesender nicht; die gefassten Beschlüsse — was im „Typ.“ an solchen veröffentlicht wurde hat weder Hand noch Fuß — scheinen das Licht zu scheuen, just wie das ganze Wesen und Treiben des Bundes! — Die Geschäftslage im Buchdruckgewerbe hatte die im Sommer übliche Verflaumung aufzuweisen, nach unsrer Prozentberechnung befinden wir uns dem Stande des Vorjahres ziemlich nahe. Im April waren Arbeitslose an Erie und Meißene 2,73 Proz. (1903: 3,26), im Mai 3,66 Proz. (4,56) und im Juni 4,15 Proz. (4,42 Proz.) zu verzeichnen. Nach dem Berichte der Hauptverwaltung zeigen die Arbeitslosen an der Erde schon eine kleine Vermehrung gegen das Vorjahr, beide Unterstufungszweige zusammen ergeben in absoluten Zahlen aber immer noch eine Besserung gegen den Juni 1903. Die Nachrichten aus den größeren Druckorten lassen für den Juli noch eine weitere Verschlechterung erkennen, wir glauben aber nicht, daß wir hinter den vorjährigen Juli kommen werden.

Bei den **Buchbindern** hat der Ausfall des Verbandstages nicht überall befriedigt, was vorauszusetzen war, denn allen es recht zu machen, ist ein Lüding. Am meisten hat im Schwabenlande die Sigverlegung nach Berlin verdroffen, die Stuttgarter haben böse gewettert. — Am 1. September sollen die beim Tarifabschlusse für Berlin und Leipzig festgesetzten höheren Stundenlöhne in Kraft treten. Bei dem unerwünschten Zustande, in welchem sich die Tarifgemeinschaft der Buchbinder befindet, sind Schwierigkeiten zu befürchten.

Zu der graphischen Familie rührt es heuer überhaupt. Das Urteil, welches die Redaktion der „Graphischen Presse“ von der fünften Generalversammlung des Vereins der **Lithographen, Steindrucker** usw. hat, wird jedenfalls in der Einleitung des Nachwortes am besten ausgedrückt: „Man muß schon ein ausgesprochener Optimist sein, wenn man sich mit dem gezeitigten Resultate unserer Dresdener Generalversammlung in allen Zeilen zufrieden erklären will.“ Sehen wir nun, inwieweit dieses vielbeutige Schlusswort Berechtigung hat. Seit dem Jahre 1901 hat die Organisation an Mitgliedern um 56 Proz. zugenommen, der Mitgliederstand war im Februar d. J. 10007. Die einzelnen Sparten partizipieren folgendermaßen an dieser Zunahme: Lithographen 48 Proz., Steindrucker 43 $\frac{1}{2}$ Proz., Chemigraphen 100 Proz., Lichtdrucker 247 $\frac{1}{2}$ Proz. und Steinsetzer 180 $\frac{1}{2}$ Proz. Das gesamte Vereinsvermögen beläuft sich auf 175920,29 Mk. Der durchschnittliche Verdienst beträgt bei den Chromolithographen 27,80 Mk. pro Woche, bei den Merkantillithographen 27,23 Mk., bei den Maschinenmeistern 27,11 Mk., bei den Handpressendruckern 25,74 Mk., bei den Steinsetzern 18,41 Mk. Von 1901 bis 1903 haben 140 Lohnbewegungen und Streiks stattgefunden, doch wurden 114 Aktionen ohne das Mittel des Streiks erfolgreich durchgeführt; Beweis, daß die Unternehmer die Organisation achten müssen. Der Hauptfaktor machte nach Ermittlung seines Klassenberichtes das Mittelteil von einem gewiß einzig dastehenden Falle; von München aus war nämlich ein Antrag auf Ausschluß des Verbandsvorstandes Sillier eingegangen wegen Organisationschädigung. Um den Verein nicht zu blamieren, sei dieser Antrag aber nicht veröffentlicht worden. Auch der Bericht des Ausschussvorsitzenden Ries ist eine fortgesetzte Kette der schwerwiegendsten Differenzen mit allem und jedem. Die Düsseldorf- und Münchener sind über den Vorsitzenden Sillier höchlichst entrüstet, der ihrer Meinung nach gelegentlich der Interventionen bei ihren Prinzipalen ihre Interessen nicht genügend wahrgenommen habe. Die Debatte über den Vorstands- und Ausschussbericht nahm zwei Tage in Anspruch, der Fall Tischen-dörfer fand wieder eine breite Aufmachung und führte zur Bildung eines Obergerichtshofes für diese nicht unzubringende Angelegenheit. Den Berlinern wurde der Vorwurf der Neutralitätsbündel gemacht, dem Ausschussvorsitzenden Ries Machtbefugnisse gegen den Vorstand und Uebererschreitung seiner Kompetenzen vorgehalten — das Verhältnis zwischen diesen beiden Instanzen ist auch alles andere, nur nicht ideal. Tischen-dörfer kam mehrmals mit dem Präsidate Herrschicht davon, auch wurde er der Statutverletzung und der Absicht der Sonderbündel beschuldigt; sein politischer Standpunkt und seine Art Neutralität fanden vielseitige Beurteilung. Von den Berlinern und auch von dem Vertreter der Generalkommission Robert Schmidt fand Tischen-dörfers gewerkschaftliche Tätigkeit in dessen volle Anerkennung. Der Krieg um Tischen-dörfer ist mehr ein Kampf zwischen Ries und jenem, der von Ries ohne Unterlass und mit allen Mitteln geführt wird; zwei angestellte Funktionäre (Dübel und Borisch) haben wegen dieses ewigen Haders sogar ihre Ämter niedergelegt. In seinem Schlusswort wies Sillier die erhobenen Anwürfe einzeln zurück und sprach im besonderen den Münchenern sein Bedauern aus, daß sie ihren Ausschlußantrag gegen ihn, ein beispielloses Verhalten in der deutschen Arbeiterbewegung, so eilig wieder zurückgezogen hätten.

Die Redigierung der „Graphischen Presse“ war auch vielen ein Stein des Anstoßes. Der jetzige Redakteur

Obier bekleidete nämlich bis dato in Leipzig im Nebenamt einen Verwaltungsposten, ist also überbürdet mit Arbeiten; dieser Zustand soll beseitigt werden. Die beiden Kampfsfähige Ries und Tischen-dörfer konnte man beziehungsweise hier in hoher Vereinerung gegen den Redakteur finden. Es wurden Anträge gestellt auf Beilegung der Berichte über Vergünstigungen aus dem Vereinsorgane und auf Zusammenlegung des Hauptvorstandes, der Redaktion und der Pressekommission an einen Ort; dieser Antrag wurde allerdings mit lebhaftem Proteste aufgenommen und unbeachtet gelassen. Schließlich wurde dem Redakteur das Nebenamt abgenommen.

Bei dem Punkte „Tarifbewegungen“ wurde den Münchener Lichtdruckern von dem Vorsitzenden der Vorwurf gemacht, daß sie den gefassten Beschlüssen sich nicht gefügt und so die allgemeine Durchführung dieses Tarifes verhindert hätten. Außerdem wurde gerügt, daß die Münchener den Tarifentwurf für die Steindrucker und Lithographen nicht einmal im Prinzip hätten anerkennen wollen. Eine angenommene Resolution bebauert im ersten Teile den Frankfurter ablehnenden Beschluß der Steindruckereibitzer betreffs der Tarifgemeinschaft und fordert vom Vorstande wie vom Ausschusse die energische Weiterverfolgung dieser Angelegenheit, während in dem zweiten Teile die Münchener Lichtdrucker aufgefordert werden, sich den gefassten Beschlüssen zu fügen und für den Tarif einzutreten.

Zu dem Punkte „Gesundheitschädlichkeit in keramischen Druckereien“ wurden Beschlüsse gefaßt über eine aufzunehmende Statistik und auf Absonderung einer Petition an den Bundesrat zwecks Aushebung der bundesrätlichen Vorschriften über die Einrichtung von Buchdruckereien auch auf die Steindruckerei usw. Durch das Verlangen von Ries, die Frage der Maifeier in die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses einzureihen, kam es wieder zu lebhaften Zusammenstößen zwischen den beiden Erzfeinden, aber auch zu einer interessanten Auseinandersetzung über die Maifeier. Den Bewürwortern der Arbeitsruhe gegenüber bemerkte nämlich der Vertreter der Generalkommission Robert Schmidt, daß wenn auf den nächsten Gewerkschaftskongress Delegierte mit gebundenem Mandate zur Aufrechterhaltung der bisherigen Form der Feier geschickt werden sollen, diese auch beauftragt werden sollten, für die allgemeine Arbeitsruhe zu sorgen, damit endlich einmal die Halbheit aufhöre. Auf abschbare Zeit sei die Arbeitsruhe nicht möglich. Wir in Deutschland haben bisher die Beschlüsse der internationalen Kongresse ernst genommen, die anderen Nationen, die Franzosen, Engländer usw., scheuten sich den Teufel um ihre Durchführung. Die englischen Arbeiter könnten sehr wohl die Arbeitsruhe am 1. Mai durchführen. Wenn es sich um die künstliche Steigerung der Kohlen- und Baumwollpreise handelt, dann feiern sie wochenlang. Bisher hätten die Gewerkschaften Zehntausende für die Maifeier geopfert. Biesfach sei die Maifeier ausgetagt zu richtigem Klimbum. Es genüge, wenn die Maifeier durch eine Abendfeier besungen werde. Die Buchdrucker hätten ja auch meistens nur in den Parteidruckereien die Arbeit ruhen lassen. Eine würdige Maifeier kann auch ohne Arbeitsruhe durchgeführt werden. Die Delegierten nahmen diese Ausführungen mit Beifall auf, der Eindruck derselben scheint ein so starker gewesen zu sein, daß die Einwendungen dagegen nur äußerst schwach ausfielen. Da wir eingangs uns über diese Frage verbreitet, ist hier nichts mehr hinzuzufügen.

Bei der Frage der Beitragserhöhung spielte die Verschmelzung mit dem Senefelderbunde die Hauptrolle. Es wurde in einer Resolution schließlich ausgesprochen, daß die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung sei und von der im August stattfindenden Generalversammlung des Senefelderbundes das gleiche erwarte, damit die Vereinigung vorbereitet werden könne. Ueber die Beitragserhöhung um 10 Pf. soll dann nach der Tagung des Bundes eine Urabstimmung entscheiden.

Die in Sachen Tischen-dörfer eingesezte Kommission erstattete darauf Bericht, wonach der Frankfurter Schiedsgericht gegen Tischen-dörfer als zu Recht bestehend anerkannt wird und sonst L. nicht zustimmt. Darob fürchterlicher Lärm von Tischen-dörfer, große Unruhe, lebhaftes Erwidern auf die Kraftausbrüche von L. mit dem Schlusseffekte: Einsetzung eines besondern Schiedsgerichtes unter dem Voritze eines Mitgliedes der Generalkommission, von jeder Partei werden drei Mitglieder gestellt. Tischen-dörfer gab die Versicherung, sich dieser Instanz zu fügen, womit für diesmal die Seezwange verschwand. — Die Gehälter wurden folgendermaßen festgesetzt: erster Vorsitzender 2400 Mk., Redakteur 2300 Mk., Kassierer 2300 Mk., neu anzustellende Beamte 2000 Mk. anfänglich. Bei den Wahlen erhielt Sillier 49 Stimmen, da jedoch zehn weiße Stimmzettel abgegeben wurden, wollte er anfänglich auf die Wiederannahme verzichten, schließlich nahm er auf Zureden doch an. Der Sitz des Ausschusses bleibt trotz der Kontroversen in Nürnberg. Die Notwendigkeit der Anstellung von Galleitern wurde prinzipiell anerkannt, doch soll darüber erst nach Erledigung der Verschmelzungsfrage Beschluß gefaßt werden. Ueberstiegen wir noch einmal die Dresdener Verhandlungen der Steindrucker und Lithographen, so gewinnt diese Tagung allerdings noch ein kriegerischeres Aussehen als die der Buchbinder in Elbflorenz. Hoffentlich gedeiht nach diesem reinigenden Gewitter aber alles besser wie vordem zum Segen der Organisation unserer zweitverwandten Schwäger.

Der Verband der **Töpfer** hat den Tod eines seiner eifrigsten Mitglieder, Hermann John in Berlin, zu beklagen. Aus dem Krankenbette, wohin ihn jahrelange Krankheit gebannt hatte, richtete derselbe noch einen tiefempfundenen Abschiedsbrief an seine Kollegen, der Organisation mit ganzer Seele angehört und ihr die ganze Kraft zu widmen.

Bei den **Bauhilfsarbeitern** ereignete sich ein merkwürdiger Fall. Die Breslauer Vertreter dieser Arbeitergruppe gaben nämlich mit ihrer vollen Unterschrift bekannt, daß die in etwa 1000 Exemplaren im Mai auf den Bauten verbreiteten Arbeitsbedingungen unbefugterweise die Unterschriften von drei Vorstandsmitgliedern des Arbeitgeberbundes tragen; sie bekennen, daß die verteilten Arbeitsbedingungen nicht den mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen entsprechen, „daß erstere vielmehr willkürliche Zuschläge enthielten und wichtige Bestimmungen ausließen“. Sie sprechen über den ganzen Vorgang ihr Bedauern aus, bemerken aber, in gutem Glauben gehandelt zu haben. Man muß diesen letzten Einwand schon gelten lassen, andernfalls läge eine eklatante Urkundenfälschung vor. Die Entschuldigung, daß die Bauarbeiter wenig schriftgewandte Leute seien, ist aber nicht ausreichend für dieses recht bedauernde Vorkommnis, aus dem mit Leichtigkeit den Gewerkschaften wieder ein Strich gebreht und die Gewerkschaftsmoral angetastet werden kann. Leute, die zu solchen Dummbetten fähig, gehören eben nicht an die Spitze einer Gewerkschaft. Als vor einigen Jahren ein Innungsmeister in Dresden — der Fall spielte nach unsrer Erinnerung bei den Töpfern — einen gefälschten Tarif herausgab, war das hallo groß und die Beurteilung eine allgemeine. Bislang stand doch noch immer die Arbeiterehrlichkeit in höherer Wertung als die Unternehmerrmoral!

Die **Eisenbahner** schöpfen frohe Hoffnung. Es hat nämlich den Anschein, als wolle die Eisenbahnverwaltung dieser Organisation gegenüber eine vernünftigeren Taktik einschlagen. In Berlin wurde unlängst einunddreißig Angestellten wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Verband der Eisenbahner gekündigt. Die Betroffenen hatten sich schon mit ihrem Schicksale abgefunden, da wurde den Gemahregelten am letzten Tage eröffnet, daß sie weiter im Dienste verbleiben könnten. Der Fall ist sonderbar. Den achtundzwanzig Güterbodenarbeitern in Altona gab man im Februar keinen Bardon, sie wurden entlassen und wurde erklärte im Abgeordnetenhaus dem Eisenbahnerverbande ewige Feinde. Sollte doch ein Umschwung in jenen Regionen eingetreten sein? Wir wünschen es, wagen es aber nicht zu hoffen. (Fortf. folgt.)

Korrespondenzen.

Halberstadt. Am 31. Juli hielt der Ortsverein Halberstadt seine Monatsversammlung ab, in welcher Kollege Hallupp-Halle einen Vortrag über „Sozialpolitik und Gewerkschaften“ hielt. In klarer, verständlicher Weise schilderte er die Arbeiterbewegung unter dem alleinigen Einflusse der Sozialpolitik, das Hervorgehen des Bedürfnisses, Gewerkschaften zu bilden, um dadurch geregelte Arbeitsverhältnisse und -löhne herbeizuführen. Er ging dann zur Geschichte unsers Verbandes über, erwähnte die schweren Kämpfe desselben während der Zeit seines Bestehens und brachte uns einige Urteile anderer Gewerkschaften über den jetzigen Stand unserer Organisation zur Kenntnis. Zu der sich hieran anschließenden Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und lobte reicher Beifall seinen Vortrag. Zum Schlusse seines Referates kam Kollege Hallupp auch auf den W. F.-Artikel im „Corr.“ zu sprechen, welchen er einer eingehenden Kritik unterwarf. Der anwesende Verfasser sah sich hierauf gezwungen, seine Begründung resp. Antwort auf den Gegenartikel des Kollegen Zenthe vom Stapel zu lassen. Eine erregte Debatte griff nun Platz, aus welcher zu ersehen war, daß sich fast sämtliche Kollegen auf einen andern Standpunkt stellten als den, welchen Kollege F. W. in seiner Jugend glaubte einnehmen zu müssen. Letzterer erklärte zum Schlusse, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, durch seinen Artikel den Ortsverein Halberstadt zu kompromittieren, sondern daß sich seine Ausführungen auf das Verbandsleben im allgemeinen beziehen sollten. Die vom Kollegen Diedrich eingereichte Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen W. F. (s. Corr. Nr. 75) absolut nicht einverstanden, sondern hält es für selbstverständlich, in Arbeiterfragen und -angelegenheiten einen der modernen Arbeiterbewegung dienlichen Standpunkt einzunehmen“, wurde vom Ortsvereine einstimmig angenommen. Nach Erledigung noch einiger Punkte, wie Kartellbericht, Verschleiden usw. wurde die Versammlung geschlossen.

Wien. Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß er mit dem Berichte des Schriftführers über die Zulieferung in der Weise, wie gesehen, nicht einverstanden ist. Schon taktische Rücksichten einerseits hätten ihn bestimmen müssen, eine vollständig interne Angelegenheit nicht vor das Forum der Öffentlichkeit zu bringen, wie er sich andererseits an einen diesbezüglichen Vorstandsbeschlusse vom 5. Juni d. J. hätte halten müssen. Wenn Kollege Kaumann in seiner Entgegnung u. a. von „systematischer Obstruktion“, „unerhörter Vergewaltigung und Anbeulung“ spricht, womit er scheinbar uns belästen will, so wollen wir hier aus oben angegebener Rücksicht nicht darauf eingehen. Nur so viel sei ihm in puncto Arbeits-

nachweis gesagt: Hätte er ihn möglichst bald nach der Wahl übernommen, hätte sich die Sache nicht so zugespitzt. Sage er uns nicht, „es fehlte mir dazu die passende Räumlichkeit“, denn wir sind bereits geneigt, auch hier das Wort gelten zu lassen: „Wo ein Wille, da ein Weg“. Bezüglich des Protestes gegen die Person des in voriger Versammlung referierenden Arztes wurde dem Kollegen R. das Recht dazu nicht bestritten, sondern er hätte in diesem Punkte nur Taktgefühl walten lassen müssen und gleich beim Eintritte in die Tagesordnung (als der Referent noch nicht zugegen war), wenn nicht schon in schriftlicher Weise in den zwei Tagen vor der Versammlung, da ihm doch durch die „Mitteilungen“ die Verhandlungsgegenstände bekannt waren, seinen gegnerischen Standpunkt darlegen können.

Der Ortsvorstand.

Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Die am 31. Juli im Vereinslokale abgehaltene gut besuchte Versammlung befaßte sich unter einem ihrer Tagesordnungspunkte mit dem vor kurzem erschienenen Protokolle über die zu Ostern dieses Jahres in Heilbronn stattgehabten Verhandlungen des ersten süddeutschen Maschinenmeistertages. Die Versammlung war mit den Ausführungen der einzelnen Redner sowie den gefassten Beschlüssen usw. voll und ganz einverstanden. Bezüglich der Kostenbedeutung des Kongresses bemängelte man, daß den beteiligten Maschinenmeisterclubs außer Delegatenkosten sowie den vor dem Kongresse benötigten minimalen Druckkosten auch noch fast die gesamten Festlichkeitskosten usw. aufgebürdet wurden; ferner konnte die Versammlung sich mit dem 40 Seiten starken Protokolle im Betrage von 195,85 Mk. absolut nicht einverstanden erklären, da man allgemein der Ansicht war, daß ein in diesem Sinne ausgeführter Bericht im „Corr.“ zum Abdrucke gebracht, ebenso genügt hätte, wie seinerzeit bei des Haleschen Maschinenmeistertages. — Hierauf hielt Kollege F. Kreiner einen sehr befallig aufgenommenen technischen Vortrag über den Ausschneid- sowie den Flußstrationsdruck. Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende die Kollegen auf den am 21. d. M. stattfindenden Ausflug nach Wiesbaden, wogu den Mitgliedern das Fahrgeld aus der Kasse bewilligt wurde, aufmerksam. Zum Schlusse sei eine Berichtigung einiger Fehler angehängt, die auf Seite 7, Abs. 6 (Statistik betreffend) des Protokolls zum ersten süddeutschen Maschinenmeistertag zu finden: „Bei Notationsmaschinen muß es heißen 4 nicht 6. Eine Schön- und Wiederdruckmaschine kommt ganz außer Betracht, ferner ist die Arbeitszeit bei der Firma C. M. Mayer ebenfalls eine neuneinhalbstündige, wie irrtümlicherweise angegeben ist.“

—**Strasbourg.** i. E. S. Dem Beispiele vieler anderer Druckstädte folgend haben sich nunmehr auch die hiesigen Maschinenmeister zu einer speziellen Vereinigung zusammengeschlossen. Am 5. August fand eine zu diesem Zwecke einberufene Maschinenmeisterversammlung statt, in der Kollege Dauer über „Die gewerbliche Stellung der Maschinenmeister und die Notwendigkeit der Vereinigung in speziellen Berufsgruppen“ referierte. Die interessanten, aufklärenden Ausführungen und das entwickelte Programm über die auszuübende Tätigkeit des zu gründenden Vereins hatten denn auch zur Folge, daß sich sämtliche anwesenden Kollegen (25) in die Mitgliederliste eintrugen. Hoffen wir, daß auch der übrige Teil der etwa 60 am Orte befindlichen Maschinenmeister baldigt diesem guten Beispiele folgen wird. Bis zur definitiv konstituierenden Versammlung wurde ein provisorisches Komitee eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Dauer, Bachschmidt, Hemmerle, Kirchner, Lange und Em. Schmidt.

Erklärung.

Der Versammlungsbericht in Nr. 84 des „Corr.“ vom Vereine aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Frankfurt a. M. enthält für die Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands den Vorwurf der Zweideutigkeit. Wir sehen uns veranlaßt, diesen Vorwurf zurückzuweisen. Nach den uns gewordenen Mitteilungen hat sich die in Rede stehende Angelegenheit folgendermaßen zugetragen: Die Firma D. Stempel hat eine neue Serie Künsterlinien bis Januar d. J. mit 15 Pf. Aufschlag pro Kilo bezahlt, sich aber geweigert, ferner den Aufschlag zu zahlen, darauf haben die Gesellen die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragt, welches aber der Prinzipalvorsitzende mit der Motivierung abgelehnt hat, daß nur für Runddrucklinien ein höherer Preis gerechtfertigt sei. Mehrere Linienanschlüsse anzupassen mache keine Mehrarbeit. Der Aufschlag sei nicht gerechtfertigt. Nachdem das Schiedsgericht seitens des Prinzipalvorsitzenden abgelehnt war, lehnten die Gesellen den Entscheid des letzteren ebenfalls ab, gingen dann von dem ursprünglichen Zuschlage auf 25 Proz. herunter, was abermals abgelehnt wurde. Zuletzt erklärte sich die Firma bereit, da eine Verjüngung nicht herbeizuführen war, sich einem Schiedsgerichte fügen zu wollen, der von Prinzipalvorsitzenden gemeinschaftlich mit der Zentralkommission gefaßt würde; diesem Schiedsgerichte würde sich auch das Personal fügen. Die Zentralkommission hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt, sie hat anerkannt, daß Einsparungen mit mehrfachen Anschlüssen seiner Linien eine längere Zeit zum Zurückgehen und während des Wehens die größte Aufmerksamkeit erfordern und daß solche Arbeiten bei der allergeringsten Veränderung fort geworfen werden müssen, wodurch dem Gesieger oft genug Verluste entstehen, die bei anderen Ar-

beiten nicht vorkommen. Die Zentralkommission war leider nicht in der Lage, den Gesellen recht zu geben, da der Tarif nur für Runddrucklinien und Ecken einen höheren Preis vorgesehen hat. Als Spezialarbeit konnte diese Arbeit auch nicht angesehen werden, sie ist und bleibt nur Einfassung, für die der Preis im Tarife festgelegt ist; es würde ein Abweichen vom Tarife bedeuten, wenn auf die Mehrforderung bestanden würde. Wird dieser Weg einmal betreten, so wäre bei leichteren Arbeiten als Kompensation die Forderung einer Preisermäßigung zu gewärtigen. Die Zentralkommission hat der Firma ihr Bedauern deshalb ausgesprochen, weil infolge Arbeitsverweigerung es bereits zur Entlassung eines Gesellen gekommen war. Die Firma hatte sich doch bereit erklärt, sich dem Spruche eines Schiedsgerichtes zu fügen, da wäre es das Richtige gewesen, diese Arbeit unter Vorbehalt auszuführen, bis der Entscheid gefällt war. Die Gesellen hatten in diesem Falle den legalen Weg verlassen und es auf einen Konflikt ankommen lassen, der bereits vollendete Tatsache war, als die Zentralkommission angerufen wurde. Das Schiedsrichteramt anzunehmen war überflüssig, weil wir uns in Uebereinstimmung mit dem Prinzipalvorsitzenden befanden, da der Tarif einen Aufschlag nicht rechtfertigt.

Dieser Beschluß ist in zwei verschiedenen Schreiben nach Frankfurt abgegangen, beide stimmten darin überein, daß die Zentralkommission das Schiedsrichteramt unter den gegebenen Verhältnissen ablehnen müsse. Der mit der Verantwortung Beauftragte hatte es vernieden, den Frankfurter Kollegen über das Vorkommnis sein Bedauern auszudrücken; wenn dies ein Veräumnis war, sei es hiermit nachgeholt. Das Bedauerlichste an dieser ganzen Affäre ist, daß man diesen Vorfall zum Anlasse nimmt, der Zentralkommission öffentlich ein Mißtrauensvotum auszustellen. Ob unser Verhalten geeignet ist, das Vertrauen der deutschen Schriftgießergesellschaft zu uns schwinden zu machen, überlassen wir getrost dem Urteile der Allgemeinheit.

Die Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

J. A.: G. Reinde.

Rundschau.

Ferien! Die Druckerei J. Brinkmann in Mülhausen im Elsaß bewilligte ihrem Personale einen Urlaub von einer Woche.

Im Zeitakter des Töffköff will selbst die dem Fortschritte allenthalben nicht holde Polizei nicht zurückbleiben. Der „Karlsruher Volksfreund“ berichtet aus Neßl über eine mit dem modernsten Verfahrsmittel ausgerüstete Polizeibehörde folgendes Hörtörchen: „Eine neuzeitliche Einrichtung scheint man jetzt in unserm Bezirke getroffen zu haben: zum Einfangen und Transportieren von Handwerksburden verwendet man jetzt das Automobil! Wandernde Buchdrucker fanden im Verdachte, Fische geangelt zu haben. Deswegen wurden sie verhaftet und dann per Automobil ins Rittgen befördert, aus dem sie aber andern Tages wieder entlassen wurden, nachdem man bei ihnen auch nicht einmal eine Gräte vorgefunden hatte. Die „Runden“ waren ob der raschen Beförderungswiese sehr erfreut und sind sehr dankbar für die Schonung, die man mit der Automobilreise ihren „Rittgen“ angedeihen ließ.“

Wegen Schwindelacten — Aufgabe erdichteter Inzeratenaufträge zwecks Einheimung der Provision — wurde der vorbestrafte Annoncenkäufer Dahlinger in Leipzig zu zwei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt. D. sollte für eine „Die Wohnung“ betitelte Zeitschrift Inzerate zummentragen, was ihm angeichts der völligen Unbekanntheit dieses Wäthdens nicht gelingen wollte, weshalb er die bezeichneten Geschäftsmandate unternahm. Herausgeber dieser anonymen Zeitschrift sind die Herren Herzog und Lang, die beiden Vorstandsmitglieder des Deutschen Unterstützungsvereins und früherer Akteure bei der verfrachten sächsischen Zentralkrankenkasse, welche der „Corr.“ in ihrer Geschäftslehre beleidigt haben soll, worüber das Gericht noch zu befinden hat.

Verjügendartige Auffassung. Zwei vor kurzem in der „Staats-, Gemeinde- und Balangen-Zeitung“ veröffentlichte Gesellschafter des Amtes Naugel zu Kastrop und des Jülländer Magistrats, worin erstere Behörde einen in Polizei- und Militärangelegenheiten erfahrenen Gesellen mit 55 Mk. monatlich und letztere einen in Standesamtssachen vollständig firmen Gesellen mit 50 Mk. monatlich suchten, hatte die berechtigte Kritik des „Hannoverschen Volkswillen“ herausgefordert. Doch der Redakteur beif und der Staatsanwalt, wahrscheinlich aufmerksam geworden durch Ueberlegung der fraglichen Zeitungsnummer an die Behörden zwecks Stellung des Straftrages, lenkt. Die hannoversche Strafkammer belegte nämlich trotz der gerichtszeitig anerkannten sachlichen Berechtigung der Kritik den zur Verantwortung gezogenen Redakteur mit 50 Mk. Geldstrafe; beantragt waren gar zwei Monate Gefängnis!

Wegen Betrugs und Urkundenfälschung wurde ein „Journalist“ namens Blumenthal in Aschaffenburg zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er veruchte gegen das nötige Honorar vollständig erlogene Sensationsberichte an diverse Zeitungen anzubringen, hatte aber kein Glück damit.

Ein Totfeind jeglicher Freiheit war der durch ein Bombenattentat getötete russische Minister Plehwe. Die

„Buchdrucker-Woche“ teilt nämlich mit, daß dieser Stofreaktionär in einer seiner letzten Verfügungen die strenge Anweisung gab, jede Drucksache, auch die behördlichen (mit Ausnahme von Formularen), der Zensurbehörde vorzulegen. In fremden Sprachen herzustellende Druckarbeiten sollen sogar im Manuscripte und mit einer russischen Uebersetzung zwecks Erlaubnis zur Drucklegung eingereicht werden, alle Angaben über die ausführende Firma, die Auflage, das Format usw. müssen beigefügt werden.

Ein der rechtlichen Unterlage entbehrendes Boykottverbot erließ die Antschauptmannschaft Leipzig folgenden Wortlautes: „Wer in Zukunft es unternimmt, den Gewerbebetrieb eines andern dadurch zu stören oder zu beeinträchtigen, daß er öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften oder durch öffentlichen Aufruf dazu auffordert, in einem bestimmten Gewerbebetriebe keine Waren anzukaufen oder zu bestellen bzw. in einem bestimmten Geschäftsfloale nicht zu verkehren, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Nach dem Reichsgesetze ist der Boykott gestattet, was die Unternehmervereinigungen, die Militärbehörden, die Führer des wirtschaftlichen Netzverbandes, die „Arbeitgeber-Zeitung“ und andere Unternehmerorgane ja tagtäglich recht augenfällig demonstrieren. Folgerichtig haben auch Arbeiter das Recht, zu diesem gesetzlich zulässigen Mittel zu greifen; keine Antschauptmannschaft oder sonst eine Behörde kann sie daran verhindern.“

Vom deutschen Bureaokratismus macht nachstehende Prachtleistung die Kunde. Der „Essentielle Anzeiger“ der kgl. Regierung in Düsseldorf brachte kürzlich folgenden Steckbrief: „Wegen den Ludwig Eberle, geboren in Oberhausen 1871, zuletzt in Köln, welcher flüchtig ist, soll eine durch volkreicheres Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichtes Düsseldorf vom 5. Oktober 1890 erkannte Festgefängnisstrafe von 3 Monaten 15 Tagen 21 Minuten 15 Sekunden vollstreckt werden. Es wird erucht usw.“

Kein Mensch muß müssen sagt Lessing in seinem „Rathai“, ein Grundsatz, den sich auch der biedere Schlossermeister Max Müller in München zu eigen gemacht hat, ob mit oder ohne Lessing wissen wir allerdings nicht. Also Herr Müller war mit noch zwei Meistern seiner Kunst vor den Gewerberichter geladen, um sich über den von den Kunst- und Bauhofsloffen vorgelegten Tarifentwurf zu äußern. Die Einleitung zu diesen „Tarifverhandlungen“ war schon recht versöhnungsvoll, denn Müller erklärte, daß er die Vorlage rundweg ablehne und sich auf Verhandlungen nicht einlasse. Auf die Frage des Gewerberichters Dr. Brenner: Warum? antwortete Müller kurz und bündig: „Weil i nüt mog!“ Nach dieser „Erklärung“ wollte er sich entfernen. Herr Dr. Brenner ersuchte den Vorbeinen, doch wenigstens der Verhandlung anzuwohnen, die unter solchen Umständen ohnehin nicht lange dauern werde. Allein Meister Müller erwiderte: „I mog nüt. Ich hob mei Geschäft 39 Jahr und hob no nia an Tarif braucht und brauch soan a in Zukunft. Bei mir gibt's soan Unfrieden, die ganze Wirtschaft is nur a Heherei von dem Herrn, den i grad recht scharf ang'schaut hob.“ Derjenige, welcher die Ehre hatte, von dem wunderlichen Heiligen „recht scharf“ angesehen zu werden, war der Vertreter des Metallarbeiterverbandes. Unter solchen Umständen waren die „Tarifverhandlungen“ dann alsbald zu Ende, doch versprochen die beiden anderen Meister, für den Tarifvertrag in ihrem Kreise Stimmung zu machen. Wenn auch dem hiesigen Schlossermeister Müller Mangel an Aufrichtigkeit nicht nachgesagt werden kann, so aber auch nicht das geringste soziale Verständnis. Jedoch ist das nun einmal ein „Vorzug“ der Fassungskente, der nicht nur in München anzutreffen und nicht nur dort von der organisierten Arbeitererschaft befeitigt werden wird.

Besserer Arbeiterdruck in den Wäschhütten. Das Verbandsorgan „Der Fachgenosse“ hatte die Wäschgelegenheiten in den Wäschhütten einer Kritik unterzogen und auf die durch diese Uebelstände mögliche Entstehung von Gewerkrankheiten hingewiesen. Die „Soziale Praxis“ hatte von der Angelegenheit Notiz genommen und nun fand sich der Handelsminister bereit, die Gewerbeaufsichtsbeamten auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Das Organ einer Gewerkschaft kann also mit Erörterung von sanitären Mißständen zu deren Beseitigung viel beitragen, daß es dazu erst Umwege bedarf, ist allerdings bezeichnend.

Gegen die freie Arztwahl hat sich auch der in Dresden abgehaltene Kongress der eingeschriebenen freien Hilfskassen erklärt.

Nachwehen des Crimmitschauer Kampfes. Unter dem Verdachte des Meineides bzw. Verleitung dazu sind die Angestellten des Textilarbeiterverbandes, Hedt und Schiller in Crimmitschau, in Haft genommen worden. In einer Verleumdungssache des Fabrikanten Lufas Schmidt standen sich die Aussagen über Vorgänge auf dem Vereinsbureau mit denen eines Arbeitsinspektors diametral gegenüber. Auf Grund dessen ist nun das Meineidsverfahren eingeleitet, in welches noch ein dritter nicht mehr in Crimmitschau weilender Textilarbeiter verwickelt werden dürfte. Wir werden später berichten, was es mit der Behauptung des Arbeitsinspektors auf sich hatte.

Einen ganzen Arbeitswilligentransport abgefangen haben Beauftragte der Berliner Gewerkschaften. In Danzig und Marienburg usw. waren 56 Mann von sieben Agenten für die Farbwerke von Friedr. Bayer & Co. in Elberfeld-Levertusen angeworben. Die Gewerkschafts-

vertreter waren den zu Streikbrecherdiensten Geworbenen eine Strecke entgegengefahren mit dem Erfolge, daß bei der Ankunft in Berlin folgende 45 derselben sich von den Agenten loslagten. Da später noch vier Mann umfielen, dampften die Werber schließlich nur mit sieben Arbeitswilligen betriebl zu ihren Auftragsgebern.

Gingänge.

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Im Auftrage der Wiener Graphischen Gesellschaft herausgegeben von Heinrich Feige, Wien VII/2. Heft 7 des VI. Jahrganges. Preis pro Jahrgang 6 Mt. Einzelnummer 50 Pf.

Die Lage der Drucker und Maschinenmeister im deutschen Buchdruckgewerbe und ihre Ursachen. Ein ernstes Wort an alle Angehörigen des Berufes. Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands (Franz Kraetke, Charlottenburg, Pestalozzistraße 16, I).

Für die Welt, vereinigt mit „Zur Guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin und Leipzig. Heft 26. X. Jahrgang. Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Rüd. Bong & Co., Berlin W 57. Jährlich 24 Hefte à 60 Pf. Heft 24.

Briefkasten.

H. S. in Würzburg: Nein, so war die Geschichte nicht gemeint; aber trotzdem verbindlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. R. stand gerade im Begriffe abzuklampfen. — H. B. in Düsseldorf: Warum erhalten wir denn keine Antwort auf unsere per Karte an Sie gerichtete Anfrage? — A. K. in Hannover: Hatten fragliche Notiz aus H. schon in Satz gegeben, da wurde uns von hier ein gleicher Fall mitgeteilt. Der betreffende Kollege hätte ganz sicherlich sämtliche Fenster unserer Redaktion eingeworfen —

trotzdem dieselbe nicht parterre gelegen, sondern im Zuchte sich befindet — denn derselbe ist ein abgejagter Gegner jedweden persönlichen Gewerbebens. Die Leipziger Kollegen würden also die Registrierung Ihres Falles und das Verschweigen des hier passierten nicht verstanden haben, wenigstens nicht allgemein. Sie sehen, verehrter Freund, es war wieder ein ganz eigenartiges Zusammenreffen, eine der Zwangslagen, bei denen es eine Redaktion auf alle Fälle mit einem Zeile verdirbt. Oder sollte das erfreulicherweise auf Sie und die betreffenden Kollegen nicht zutreffen? Wir würden Sie sofort in unsre nicht gerade reiche Sammlung von Ausnahmefällen einreihen. — P. B. in London: Bitten einen möglichst kurz gehaltenen zusammenfassenden Bericht zu senden, da wir noch immer Stoffüberfluß haben. — G. Sch. in Eberswalde: Wird in anderer Form verwandt und jener Hauptveranlassung von hier zugeandt. — M. in Hamburg: Nein; denn wenn die Arbeitszeit dort sowie schon eine Stunde kürzer ist als sie der Tarif vorsieht, haben Sie ja doch mehr als Sie verlangen können. — H. G. 13: Ist uns nicht bekannt. — M. in C.: Ihre Anfrage lautete: für Gehilfen im Alter von 22 Jahren. Für Gehilfen im Alter von über 23 Jahren allerdings ist das Minimum 22,50 Mt. — M. in C.: Wenn das Handwerksgesetz auch eine diesbezügliche beschränkende Bestimmung enthält, so wird dieselbe in der Praxis gar nicht geübt und falls Sie schon vor Inkrafttreten genannten Gesetzes „Meister“ waren, stört diese Bestimmung Ihr Vorhaben noch weniger. — G. L. in Göttingen: 4,00 Mt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Essen. Der im vorigen Jahre ausgeschlossene Seher Ludwig Adriaan aus Hagen-Eilpe (Sptbr.-Nr. 3445) soll — wie uns mitgeteilt wurde — mit dem noch in seinem Besitze befindlichen Quittungsbuche versuchen, die Mitgliedschaften zu brandstiften. Die Vertrauensleute

werden vorkommendenfalls ersucht, A. das Buch abzunehmen und an E. Müller, Rheinische Straße 8, senden zu wollen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Andernach die Seher 1. Hermann Albrecht, geb. in Kraikstein (Wirttemberg) 1885, ausgl. d. J. 1903; 2. Hermann Fischer, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. in Diez a. L. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Daun (Eifel) der Drucker Wilhelm Pfänder, geb. in Königswinter 1880, ausgl. in Rheinbach 1898; war noch nicht Mitglied. — Th. Balbus in Bonn-West, Burggartenstraße 14.

In Frankfurt a. M. der Schweizerberger Jakob Läser, geb. in Frankfurt a. M. 1879, ausgl. d. J. 1897; war noch nicht Mitglied. — Pf. Gutherdt, Hainstr. 50.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Frankfurt a. M. Dem Seher Michael Boos aus Heidelberg wurde sein Quittungsbuch (1012 Oberfein nebst Legitimation gestohlen. Demselben wurde eine neue Legitimation mit dem Vermerk „Duplikat“ ausgestellt. Sollte obiges Buch nebst Legitimation vorgezeigt werden, so ist dasselbe abzunehmen und umgehend an die Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III, einzuliefern.

Zentralverein der Buchdrucker und Schriftgießer Böhmens, Typografica Beseida.

Reichenberg i. B. An Stelle des bisherigen Neisse-Kasserverwalters für die Zahlstelle Reichenberg hat Kollege Friedrich Göbe, Böhm's Herberge, Friedländerstraße 23, dieses Amt übernommen und wird dort wochentags 6 bis 7 Uhr abends, Sonntags 11 bis 12 Uhr vormittags die Unterstützung auszahlen.

Aktienzendrucker

im Rheinlande, Einschätzungswert 9000 Mt., ist wegen Krankheit des Besitzers um 3000 Mt. bar zu verkaufen. Werte Offerten unter Nr. 565 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Eilt!

Zum Verkaufe von Zigaretten an Wirte usw. wird ein tüchtiger Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mt. pro Monat oder hohe Provision. A. Kieck & Co., Hamburg.

Gesucht!

an jedem Orte ein Herr, welcher den Betrieb einer Konkurrenz. Neuz. nebenbei übernimmt. Pacht vorzuzugl. für Herren, welche in größeren Geschäften tätig sind. Prosp. gratis u. franko. Herm. Wolf, Widaun (Sach.), Reichstr. 44.

Expeditionsgehilfe gesucht

für das Volksblatt für Anhalt in Dessau. Es wird eine leistungsfähige Kraft, die bes. fähig ist, Druckmaschinen- und Buchführung und zeitweilig auch Redaktionsarbeiten auszuführen, verlangt. Werte Off. werden bis zum 20. August erbeten an Herrn Hermann Günther, Dessau, Marktstr. 51.

Tüchtiger Linotypsetzer

zum 20. August oder später in dauernde Stellung gesucht. Zeitung und Zeitschriften. Werte Offerten erbeten an Gerthold Lueh, [570] Faktor, Brünn (Oesterreich), Zeile 41.

Tüchtiger Maschinenmeister

welcher gute Erfahrungen im Präge- und Farbendruck auf d. Victoria-Ziegeldruckpresse besitzt und auch mit der Herstellung von Illustrations- und Mehrfarbendruckarbeiten auf der Buchdruckschnellpresse bestens vertraut ist, bei hohem Lohne und für dauernde Stellung für Paris gesucht. Französische Sprachkenntnisse erforderlich. Werte Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter Nr. 561 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Einen Präger

für Galvanoplastik verlangt sofort W. Bürenstein, Berlin SW 48 Friedrichstraße 240/211. [576]

Tüchtigen Schriftgießer

für Monotype-Gießmaschine gesucht. Musf. Offerten mit Angabe des Alters, der bisher. Tätigkeit und Nennung der Gehaltsansprüche unter Nr. 569 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Seher

29 Jahre alt sucht Stellung. Süddeutschland bevorzugt. Werte Offerten unter Nr. 570 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Buchhalter, mit Pariser. Kästnermeister und anerkt. Komptenmaschine vertraut, sucht, sucht, geführt auf gute Zeugnisse sofort Stellung. Werte Offerten unter Nr. 574 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Großer Galvanoplastiker u. Stereotypenmeister, mit allen Arbeiten vertraut, sucht zum 22. August oder später Stellung. Werte Off. erb.: Chemnitz i. S., Weßstr. 62, IV. [564]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein Sitz Berlin.

Sonntag den 14. August, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 3, Quergebäude parl., Engelauer 15:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Jahresbericht; 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes; 5. Technisches; 6. Verschiedenes.

Der Vorstand. [569]

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 21. August, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme; 3. Kassensbericht; 4. Aenderungsanträge; 5. Status; 6. Wie feiern wir unser diesjähriges Stiftungsfest? 6. Verschiedenes. Nicht alle Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Die Anträge zur Statutenänderung liegen von Sonnabend den 13. August ab im Arbeitsnachweise aus.

Der Vorstand. [573]

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Die nächste Versammlung

findet Sonnabend den 13. August, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn W. J. C. Lange, „Zum Förstebekker“, Neimarktstr. 6 (bei den Vorjäten) statt.

Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand. [571]

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen! Unterrichtsbriefe für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie A: Setzerbrief 24, Der Satz von Wertpapieren. Zu beziehen durch Julius Mäser in Leipzig-R., Senefelderstraße No. 15. [577]

Bänderklammern für Rotationsmaschinen

(D. R. G. M. Nr. 198890). [550]

Kein Zurren, Keimen oder Röhren der Bänder mehr nötig. Kolossale Zeitersparnis. Diese Klammern in 10, 15 und 21 mm Breite. Friedrich Weber, Frankenthal (Pfalz), Fuchsbad.

Taschen-Apotheke

für 90 Pf. franko. [562]

Graphische Verlags-Anstalt

P. Goldschmidt, Halle a. S. Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Bezugspreis des Corr.

Bei allen Postämtern in Deutschland vierteljährlich 0,65 Mt. (in Oesterreich-Ungarn und dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis bei den Postanstalten zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mt. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mt., bei wöchentlich einmahliger Zusendung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Oesterreich 1,00 Mt., dem übrigen Auslande 1,25 Mt.

Freiburg im Breisgau.

Zum bevorstehenden 40jähr. Stiftungsfeste der Freiburger Typographia empfehle ich die hiesigen u. auswärtigen Kollegen meine im Mittelpunkt der Stadt, Münsterplatz 21, neben dem „Nappen“ gelegene

„Kaffeehalle zum Münster“

zu Erfrischungen aller Art. Tasse Kaffee zu 20 Pf., Portion 20 Pf., Portion Schokolade 25, Kaffee 25, Tee 20 Pf., Sodawasser 10, Limonade 20 Pf., Wein mit 1/2 Pf. Mittagsstisch 65 Pf., Des Lokal ist geöffnet von 1/2 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Straßenschilderhaltenen Münster und Schiffstraße [580] Hochachtungsvoll Karl Frey, Münsterplatz 21. Die Herren Vertrauensleute werden geb. den Mühenhaft des Sebers Emil Gaath, zur. Rüdorf b. Berlin mir gest. mitzuteilen. Ausl. v. vergütet. Frau Gaath, Rüdorf, Jägerstr. 3.

Krefeld. Samstag den 13. August, abds. 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung. T. D.: 1. Neuwahl des Schriftführers; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Abschreibung vom Johannisfeste; 4. Bericht über das 2. Quartal der Ortskasse; 5. Antrag des Weingewerks; 6. Kartellbericht; 7. Fragekasten; 8. Verschiedenes. Der Vorstand. [572]

Im vorigen Monate ist der Vorstand meiner P. Prospekte an die Herren Vorsitzenden der Mitgliedschaften des B. d. B. sowie mit die Adressen bekannt sind, erfolgt. Auf Verlangen werden Prospekte jederzeit gratis zugesandt. Ich bitte nun die vereinigten Vereine, möglichen bald Beschluß zu fassen und mich von event. beabsichtigter Beteiligung an meiner Tournee zu benachrichtigen. [555]

Hochachtungsvoll Emil Walkotte, Registrator neuzeitlicher Dichtung in Berlin-Steglitz, Fichtestr. 10.

Um die Adressen der Seher Herrn. Ruhlwald aus Hildesheim u. Willy. Fendowski aus Hagen i. B. bittet nochmals dringend Karl Frey, Freiburg i. B., Münsterplatz 21. Die Auslagen werden vergütet. [581]

Die Schriftgießer Gebr. Josef u. Max Klar aus Habelschwerdt wollen gefl. Adresse angeben an Frau Maria Koenig, Lauterbach (Kr. Habelschwerdt). [563]

Todes-Anzeige.

Am 4. August verstarb infolge eines Darmleidens unser lieber Kollege, der Setzer

Friedrich Lütt

aus Ahrensboek im Alter von 29 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. Der Bezirksverein Frankfurt a. M. [568]

Todes-Anzeige.

Am 4. August verstarb nach langem, schweren Leiden unser lieber Kollege, der Drucker

Alb. Dangelmaier

im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren. Die Mitgliedschaft Göttingen.

Nachruf.

Am 28. Juli verschied nach längerem Krankenlager unser treues Mitglied, der Schriftgießer

Konrad Alt

aus Heusenstamm im 40. Lebensjahre infolge eines Nierenleidens. Möge ihm die Erde leicht sein! Bezirk Offenbach a. M.